

Die Schwäche unseres Bildungssystems ist die Schwäche unserer Verfassung und unseres Verfassungsbewußtseins

Schreiben an die Niedersächsischen Landtagsabgeordneten
und weiteren Empfängern

von

Tristan Abromeit

August 2010

www.tristan-abromeit.de

Text 84.1

Änderung des Status der Berufsschulen

Anhang 1

a) Stoppsignal / Zum Leitartikel Der Charme der Gemeinsamkeit, 21. Juli 2010
(**Ordnungspolitische Lehren aus der Hamburger Volksabstimmung**)

Von

Eckehard Behrens

b) Kommentar zum Thema Bildungsguthaben, Bildungsgutschein,
Bildungs-Chip-Karte, Bildungscard

Von

Tristan Abromeit

Hinweise auf:

47. Mündener Gespräche

Freiheit und Gleichheit in einer Bürgergesellschaft
ohne Reichtum und Armut

30./31. Oktober 2010

CD

mit den Gesammelten Werken

von Silvio Gesell

Zu dem Beitrag

Ordnungspolitische Lehren aus der Hamburger Volksabstimmung

Von Eckehard Behrens

Auf den nächsten Seiten gebe ich nun doch die Fassung von Behrens Beitrag aus der Schriftenreihe *Fragen der Freiheit*, Heft 281, wieder und nicht jene, die in der Stuttgarter Zeitung veröffentlicht wurde, weil sie mir inzwischen als PDF-Datei vorliegt. Hier folgt – wie im Original - dem Beitrag zwar eine Anzeige für die gesammelten Werke von Silvio Gesell auf einer CD, aber es kann nicht schaden, dieses Angebot zur Kenntnis zu nehmen. Wer weitere Beiträge von Eckehard Behrens und anderen Autoren der Fragen der Freiheit lesen möchte, nutze den folgenden Link. www.sffo.de . Ich nutze hier freien Raum um auf eine Veranstaltung hinzuweisen, zu der ich per E-Mail-Anhang eine Einladung erhielt:

47. Müндener Gespräche

Freiheit und Gleichheit in einer Bürgergesellschaft ohne Reichtum und Armut

30./31. Oktober 2010

Die französische Revolution von 1789 sollte eine Umwandlung der alten Ständegesellschaft in ein republikanisch-demokratisches Gemeinwesen mit einem wirtschaftlich selbstständigen, in sich homogenen „Dritten Stand“ herbeiführen. An die Stelle der alten Macht von Adel und Klerus über ihre Untergebenen trat jedoch eine neue hierarchische Schichtung der Gesellschaft in Ober-, Mittel- und Unterschichten. Ihre ökonomische Instabilität führte im 20. Jahrhundert zweimal zu tragischen Abstürzen in totalitäre Herrschaftsformen.

Nach deren Überwindung verharrt die Gesellschaft noch immer in ihrer hierarchischen Schichtung. Die Kluft zwischen Reichtum und Armut wird größer und die Mittelschichten, die als Rückgrat einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft unentbehrlich sind, befinden sich in einem Prozess ihrer schleichenden Auflösung. Im Kampf um Marktanteile auf den monopolistisch vermachteten (Welt-)Märkten geraten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ins Hintertreffen gegenüber der Übermacht der Konzerne. Nur wenige Angehörige der mittleren Schichten schaffen den Aufstieg nach oben – vielen droht der Abstieg nach unten in abhängige Beschäftigungen oder gar in das Prekariat.

Zwar ist dieser Prozess in Deutschland noch nicht so weit fortgeschritten wie in anderen Ländern. Aber verstärkt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, schreitet auch bei uns die Auflösung der mittleren Schichten voran. Dieser Fehlentwicklung lässt sich nicht mit herkömmlicher Interessenpolitik für den Mittelstand begegnen. In Erinnerung an die Ideale der Französischen Revolution bedarf es des Nachdenkens über Wege in eine nachkapitalistische bürgerliche Gesellschaft von Freien und Gleichen ohne die bisherige hierarchische Schichtung von reicher Oberschicht, erodierender Mittelschicht und verarmender Unterschicht.

Die 47. Müндener Gespräche sollen den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit(slosigkeit) und die hierarchische Schichtung der Gesellschaft in den Blick nehmen. Und sie sollen den Blick öffnen für eine Gesellschaft von wirtschaftlich selbstständigen und selbstverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern, die einen wirtschaftlich homogen „Dritten Stand“ bilden und der politischen Zivilgesellschaft ein stabiles Fundament geben.

Werner Onken

<http://www.muendener-gespraech.de>

Zeitgeschehen:

Aus Fragen der Freiheit, Heft 281,
Hrsg. Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Badstraße 35, D-73087 Bad Boll
info@sffo.de
www.sffo.de

Ordnungspolitische Lehren, aus der Hamburger Volksabstimmung

Eckhard Behrens

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Hamburg vom 18. Juli 2010 ist ein Stopp-Signal, das hoffentlich bundesweit richtig verstanden wird! Die Meinungen sind bei fast jeder pädagogischen Frage ebenso geteilt wie bei dieser Volksabstimmung. Jeder ist für Reformen, aber jeder für eine andere. Deshalb begegnet fast jede Reform einer mehrheitlichen Ablehnung. Hinzu kommt, dass das bestehende Bekannte dem unbekanntem Neuen vorgezogen wird. Daher die Politiker-Erfahrung: Man kann mit Bildungspolitik Wahlen verlieren, aber nicht gewinnen.

Mit dem Hebel von Koalitionsvereinbarungen können kleine Parteien einem größeren Partner ihre Positionen aufzwingen, aber dem pädagogischen Fortschritt wird kein Dienst erwiesen, wenn dann die Koalition gemeinsam scheitert. Auch gut begründbare pädagogische Reformen sind mit obrigkeitsstaatlichen Strategien nicht mehr durchsetzbar – auch nicht mit exzellenter Kommunikation. Die Politik muss aufhören, ihre Bürger besserwisserisch zu bevormunden. Erfolgsversprechender ist es, Mindermeinungen eine Gasse zu öffnen. Jeder hat das Recht auf eine eigene pädagogische Meinung, aber bisher nicht das Recht, sie zu realisieren – außer im Rahmen des privaten Schulwesens, das von immer mehr Eltern und Lehrern gewählt wird.

Auch im staatlichen Schulwesen kann die Einsicht fruchtbar werden: Was an der einzelnen Schule verbessert werden müsste und mit den vorhandenen Personen und Mitteln kurz-, mittel- und langfristig wirklich verbessert werden kann, wissen die Eltern und Lehrer dieser Schule besser als weit entfernte Politiker. Natürlich werden die Bürger sich auch an der einzelnen Schule nicht immer einig sein über die pädagogischen Konzepte und deshalb teilweise die Schule wechseln, wenn sich Veränderungen abzeichnen. Wenn Lehrer und Eltern Schulwahlfreiheit haben, kann bald in jeder einzelnen Schule ein hinreichender Konsens darüber entstehen, was geändert und was beibehalten werden soll. Von Schule zu Schule werden sich die pädagogischen Konzepte unterscheiden, aber sie werden jeweils vom Konsens der Beteiligten getragen sein und ihnen ein ungehindertes pädagogisches Engagement ermöglichen.

Die Konsensbildung wird sich oft am Bestehenden orientieren und es nur behutsam fortentwickeln. Von der Machbarkeit jeder Reformidee

müssen die Beteiligten vor Ort immer erst überzeugt werden. Die Veränderungen werden daher insgesamt gesehen eher begrenzt bleiben, können in Einzelfällen aber auch in großen Schritten vorangehen. So wird längeres gemeinsames Lernen dann in jedem Bundesland an einigen Schulen realisiert werden. Für diese Einschätzung spricht, dass fast die Hälfte der Hamburger Bürger für längeres gemeinsames Lernen gestimmt hat.

Wenn die Bildungspolitik – in Hamburg und anderswo – sich entschließt, die Pädagogik den Pädagogen und den Eltern zu überlassen, die sich in ihren Schulen frei zusammenfinden, um für die Kinder das zu tun, was sie für nötig und für möglich halten, dann muss sie einen neuen ordnungspolitischen Rahmen für die entstehende pädagogische Vielfalt schaffen. Die Finanzierung der Schulen sollte strikt an der Schülerzahl ausgerichtet werden – am besten durch die Ausstattung der Schüler mit Bildungsgutscheinen. Dann folgt das staatliche Geld den Schülern an die gewünschte Schule. Das regt den pädagogischen Wettbewerb an und ist zugleich eine Antwort auf die künftigen Probleme des Schülerrückgangs im Zuge des demographischen Wandels.

Nicht so einfach wird das Prüfungs- und Berechtigungswesen an die entstehende pädagogische Vielfalt anzupassen sein. Die Verleihung von Berechtigungen muss dem Gleichheitssatz entsprechen und droht daher die pädagogische Freiheit aufzuheben, wenn es nicht gelingt, Ungleiches sachgerecht ungleich zu behandeln. Aber bei Beachtung von drei Grundsätzen wird die Politik Lösungen finden, die diesen Konflikt befrieden:

1. Soweit Berechtigungen nicht abgeschafft werden, bleibt es beim staatlichen Examensmonopol, aber dieses ist nicht mehr mit vereinheitlichender, jedoch weiterhin mit qualitätssichernder Absicht zu handhaben.
2. Jede staatliche Schule kann sich Lehrziele genehmigen lassen, die andersartig, aber gleichwertig sind; private Schulen haben nach dem Grundgesetz schon seit Jahrzehnten einen Anspruch auf die Genehmigung gleichwertiger Lehrziele (Qualitätssicherung).
3. Die Schüler werden nur geprüft, was sie an ihrer Schule von Rechts wegen (im Rahmen der genehmigten Lehrziele) unterrichtet wurden.

Gefordert ist jetzt neues bildungspolitisches Denken und Handeln. Man kann gespannt sein, wie die Parteien auf diese Herausforderung reagieren werden.

/

Auf der Suche nach einer Alternative
zu Kapitalismus und Kommunismus

SILVIO GESELL



GESAMMELTE WERKE

Band 1 bis 18 | Register | Bonusmaterial



Silvio Gesell: GESAMMELTE WERKE auf CD

18 Bände, Register und Bonusmaterial (nach Abschluss der Gesammelten Werke gefundene und bisher unveröffentlichte Briefe, Manuskripte und zwei Warenkataloge aus seinem Berufsleben.)
7.090 Seiten | CD-ROM | 29,95 Euro ISBN 978-3-87998-101-4

GAUKE GMBH
VERLAG FÜR SOZIALÖKONOMIE
Hofholzallee 67 | 24109 Kiel

Bestellungen:
SOZIALÖKONOMIE-SHOP
www.sozialoekonomie.de

Wer sich für die Geschichte der Entstehung der CD interessiert
sollte folgenden Link anklicken: <http://www.nwo.de/gesellcd.htm>

Kommentar zum Thema
Bildungsguthaben, Bildungsgutschein,
Bildungs-Chip-Karte, Bildungscard
Bezug:

07.08.2010 22:11 Uhr
*Debatte / CSU gegen Bildungsgutscheine
für Hartz-IV-Kinder dpa*

12.08.2010 13:04 Uhr
*Neuregelung der Leistungen
Arbeitsministerium prüft Bildungs-Chipkarte
für Hartz-IV-Kinder dpa*

13.08.2010
*Von der Leyen plant Bildungschipkarte für alle Kinder
Von Dirk Schmalzer*

14.08.2010
*Bildungs-Chipkarte Bildung für alle – wenn Berlin bezahlt
Von Veronika Thomas*

16.08.2010
*Warnung vor dem „Super-Nanny-Staat“
Die CSU will einfach nur mehr Geld für arme Familien,
keine Chipkarten für Mittagessen und Musikschule
Von Ralf Volke*

*Bildungscard soll Mitte 2011 kommen /
Leistungen werden individuell und regional abweichen
Von Michael M. Grüter 17. 8. 2010*

Wenn eine Zeitung nur über das berichten will, was Berlin einmal mehr an „Bockmist“ produziert, dann genügen dpa-Meldungen, die dann nur das zur Verstärkung des Gehörten wiederholen, was die Leser schon am Tag vorher im Radio oder Fernsehen gehört haben. Wenn aber eine Zeitung auf Dauer im Medienmarkt bestehen will, dann muß sie in namentlich gekennzeichneten Beiträgen die Mehrdimensionalität eines Problems aufzuzeigen in der Lage sein.

Da das politische Vorhaben und die damit verbundene Debatte durch ein Urteil des Bundesverfassungsgericht ausgelöst wurde, das besagt, daß die Kinder bei den finanziell Bedürftigen zu kurz kommen, wäre als erstes zu beleuchten, warum denn in der reichen Republik Deutschland soviel Menschen finanziell bedürftig sind.

Es wäre dann zu fragen, warum es in einer Marktwirtschaft eine Unterbeschäftigung geben kann, die so viele Menschen arbeitslos und finanziell bedürftig macht. Theoretisch dürfte es in diesem System gar keine Arbeitslosen geben, folglich müssen Systemfehler vorliegen.

Was hat der Sachverständigenrat, die Wirtschaftswissenschaft insgesamt und die Wirtschafts- und Wissenschaftspolitiker insbesondere dazu getan, um diese Systemfehler zu beseitigen? Das wäre die Folgefrage. Die Antwort müßte lauten, wenig oder nichts.

Dann besteht die berechtigte Sorge, daß die Differenz zwischen dem Einkommen aus Arbeit und dem Einkommen aus Sozialleistungen zu gering wird und somit der Anreiz zur Arbeitsaufnahme nicht groß genug ist. Aber warum wird dann nicht erörtert, warum das Arbeitseinkommen auf einen so niedrigen Stand gefallen ist, daß die Differenz zu den Sozialleistungen so gering ist, während sich das Kapitaleinkommen auf einem hohen Stand befindet und sich immer mehr auf weniger Personen konzentriert. Dabei stimmen die Mehrzahl der Klassiker der Ökonomie darin überein, daß nur die Arbeit ökonomische Werte schafft. Und soweit das Kapitaleinkommen verteidigt wird, wird es als eine Ausnahmeerscheinung beschrieben oder mit fragwürdigen Argumenten vorgenommen. Verdrängungen, sagt die Psychologie, führen bei Menschen, wenn sie nicht aufgearbeitet werden, zu Problemen. Das ist in der Ökonomie mit größeren Wirkungen genauso.

Besonders ärgerlich ist in dem jetzigen politischen Vorhaben der Mißbrauch des Wortes Bildungsguthaben (in verschiedenen Varianten). Der Begriff dieses Wortes steht für ein anderes Bildungssystem mit Bildungsfreiheit, das der Idee von einer freien Gesellschaft entspricht. Den wenigsten Bürgern und Bürgerinnen ist bewußt, daß die Basis unseres heutigen Bildungssystem von den Nazis geschaffen wurde. (Man gebe mal die Worte „Schulpflicht“ oder „Schulzwang“ in eine Suchmaschine ein.)

Vor ein paar Jahren habe ich mit Freunden überlegt, wer denn wohl zuerst die Idee mit der Finanzierung der Bildung durch Bildungsguthaben hatte. Wir kamen auf den verstorbenen Nobelpreisträger Milton Friedman, stießen dann auf John Stuart Mill (1806 – 1873 / „Über die Freiheit“). Aber Eckehard Behrens (vom Seminar für freiheitliche Ordnung und Bildungspolitik in der FDP) vermeldete dann: „Aber ich habe gerne bei einem mir seit langem - auch persönlich - bekannten Wissenschaftler, Ulrich van Lith, Der Markt als Ordnungsprinzip des

Bildungsbereichs (Habilitationsschrift, veröffentlicht München 1985) nachgelesen. Er schreibt (Seite 184), dass die Idee auf Thomas Paine zurückgehe, *The Rights of Man*, 1791/92, auf deutsch: *Die Rechte des Menschen*, hersg. Von Stemmler, Frankfurt 1973, Seite 289 und 294. John St. Mill war dann einer der Zwischenträger dieser über 200 Jahre alten Idee.“

Den Menschen wird also schon lange eines ihrer Natur, ihren Interessen und und der Idee von den Freien in einer freien Gesellschaft (Franz Oppenheimer „Der Staat“) entsprechendes Bildungssystem vor enthalten.

Wenn es jetzt von der CSU und Wohlfahrtsverbänden verlautet, der Bildungs-Chip nach Art von der Leyen würde die Eltern entmündigen, dann stimmt das zwar, wenn sie nicht allen Kindern – unabhängig vom Einkommen der Eltern – zugebilligt wird, wirkt aber als Aussage mit Bezug auf das gesamte Bildungssystem so, als wenn ein notorischer Lügner einmal die Wahrheit spricht.

Wenn die in unseren Parlamenten vorhandenen Volksvertreter der verschiedenen Parteien auch nur einen Funken von Freiheitsliebe und nicht so viel Zwangsbeglückungsphantasien im Kopf hätten, dann wären sie schon bei der Krippendiskussion auf die Idee gekommen, die Eltern ökonomisch in die Lage zu versetzen, nach Krippenplätzen Nachfrage zu halten. Aber wo käme die Politik – die die Ideologie der „Freiheitlich demokratische Grundordnung“ wie eine Fahne vor sich her trägt – auch hin, wenn nicht jede Maßnahme den Bestand der Bürokratie sichert und ausweitet und die Bürgerinnen und Bürger in den Stand der Unmündigkeit gehalten würde.

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de